



PRESSEMITTEILUNG

26.05.2010

PRO BAHN zur Sicherheit im ÖPNV

Alkoholverbote differenziert sehen

(Stuttgart (pb)) – PRO BAHN, der unabhängige Fahrgastverband, fordert eine differenzierte Debatte über Alkoholverbote im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Zuletzt kam es zu weiteren Gewaltvorfällen im ÖPNV. Alkohol spielte dabei häufig eine Rolle. PRO BAHN fordert eine differenzierte Betrachtung.

1. Trennung zwischen Fernverkehr und Nahverkehr

Alkohol spielt nach Einschätzung des Fahrgastverbandes im Fernverkehr nur eine untergeordnete Rolle. „Wir sehen keine Probleme, wenn ein Kegelclub im Intercity-Speisewagen Prosecco genießt“, so Stefan Buhl, der Landesvorsitzende von PRO BAHN Baden-Württemberg. Ferner werden Fernverkehrszüge von mehreren Schaffnern begleitet.

Anders sieht es im Nahverkehr, und dort speziell in den Zügen ohne Schaffner aus. Gerade zu Jahrmarkt- oder Fasnetszeit sowie nach Fußballspielen sehen sich Fahrgäste oft durch stark alkoholisierte Mitfahrer bedroht.

2. Trennung zwischen Konsumverbot im Zug und Beförderungsverbot für Volltrunkene

Eine weitere Differenzierung sollte nach Ansicht von PRO BAHN bei den Arten von Alkoholverboten gemacht werden. So ergibt ein reines Konsumverbot allenfalls in S- und U-Bahnen Sinn und müsste auch ausreichend kontrolliert werden. „Der Arbeiter, der im Feierabend-Regionalexpress eine Dose Bier trinkt, ist nicht das Problem“, so Buhl. Kritisch seien eher Jugendliche, die in unbegleiteten S-Bahnen „vorglühen“. „Wir regen daher an, Alkoholverbote in unbegleiteten Zügen als Ausgleich für den fehlenden Schaffner beizubehalten. Diese Verbote müssen dann aber durch häufige Stichproben auch umgesetzt werden“, so Buhl. Ohne Kontrollen sind solche Verbote sinnlos.

Viel wichtiger als das Konsumverbot ist nach Ansicht von PRO BAHN ein Beförderungsverbot für Volltrunkene. Alkoholisierte Fahrgäste sollen durchaus mit der Bahn fahren. Denn damit wird im Straßenverkehr die Sicherheit erhöht. Die Beförderungspflicht endet aber, wenn Fahrgäste erkennbar volltrunken und grölend in die Züge einsteigen. „Um diese schon bestehenden Beförderungsverbote zu vollziehen, braucht es mehr Personal“, so Buhl.

3. Wichtigste Forderung: Mehr Sicherheitspersonal

So bleibt aus Sicht von PRO BAHN festzuhalten, dass nicht neuerliche Verbote als vielmehr konsequenter Vollzug bestehender Regeln geboten ist. Das erfordert mehr Sicherheitspersonal der Nahverkehrsbetriebe — auch, um die Polizei zu entlasten.

Stefan Buhl, Vorsitzender PRO BAHN Baden-Württemberg, Tel. 0170/3077110
Ulrich Arndt, Pressesprecher PRO BAHN Baden-Württemberg, Tel. 0177/2869260